

## Berliner Polizei und der 8. Mai

## Lanze für die Neonazis

**Der Berliner Polizeipräsident will verhindern, dass am 8. Mai in Berlin an die Schrecken der NS-Herrschaft erinnert wird. Stattdessen sollen Nazis marschieren.**

Schon am 4. Oktober 2004 hat eine gewerkschaftsnahe Kulturinitiative eine Aktion beim Polizeipräsidenten angemeldet. Sie will am 8. Mai vor dem Reichstag an die Schrecken des Krieges und die Nazi-Herrschaft erinnern. Die Aktion ist an das Brecht-Gedicht »Legende vom toten Soldaten« angelehnt; das Gedicht sollte dabei von der Brecht-Tochter Hanne Hiob gelesen werden.

Anfang Dezember 2004 meldete Polizeipräsident Dieter Glietsch »erhebliche Zwei-



Foto: Cino

**Naziaufmarsch in Berlin: »JN-Aufzug wäre vorrangig zu behandeln«**

fel« an der Veranstaltung an. Außerdem liege »bereits seit dem 4. November 2004 eine Anmeldung für einen Aufzug der Jungen Nationaldemokraten (JN) für den 8. Mai 2005« vor. Daher »wäre der Aufzug der JN (...) vorrangig zu behandeln«.

Die Berliner IG Metall hat die JN-freundliche Haltung des Polizeipräsidenten in einem Brief kritisiert und ihn im Falle einer Nazi-Aktion vorgewarnt: »Wir halten es gesellschaftspolitisch für notwendig, unsere Mitglieder in den Betrieben über mögliche Aufmärsche der Nazis zu informieren, damit sie dagegen protestieren können.« ◀

## »Bild« gibt klein bei

## Rechtsstreit mit Jürgen Peters beigelegt

Eine Hetz-Kampagne gegen den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters, kam das Boulevard-Blatt »Bild« teuer zu stehen. Die Zeitung gab in einem Rechtsstreit klein bei und zahlte an Jürgen Peters eine Entschädigung in einer Höhe von 12 500 Euro.

Im Oktober vor zwei Jahren hatte das Blatt behauptet, Jürgen Peters hätte »Luxus-Villen« in Hannover erworben und

sei mit den Mietern »unsozial« umgegangen. Insbesondere »Bild«-Hannover war federführend in der Kampagne gegen die IG Metall.

Alles Hetze, denn die Fakten sind ganz anders: Peters hat mit sieben weiteren Partnern in Hannover zwei sanierungsbedürftige Häuser gekauft. Keinem Mieter wurde nach dem Erwerb gekündigt. Keiner zum Auszug gezwungen.

Diese Fakten hat nun wohl auch »Bild« anerkannt und tief in die Tasche gegriffen. Die 12 500 Euro spendete Jürgen Peters an verschiedene Projekte. Zum einen an das IG Metall Jugendprojekt Escola Nacional in Brasilien. Schecks erhielten auch die Organisationen »Ärzte ohne Grenzen«, der »Solidaritätsdienst International« sowie das »Asphalt-Magazin Hannover«. ◀

## Randstad

## Erfolg vor Gericht

Das Frankfurter Arbeitsgericht hat die Betriebsratswahlen bei Randstad, Region Mitte, vom Sommer 2004 für ungültig erklärt (Aktenzeichen 15 BV 409/04). Einen entsprechenden Antrag hatten Metaller und die IG Metall gestellt, nachdem bei der Wahl Unregelmäßigkeiten bekanntgeworden war (**metall** berichtete). So war die Stim-

menauszählung nach der Wahl entgegen der Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes nicht öffentlich. Und ohne Öffentlichkeit, begründete das Arbeitsgericht seine Entscheidung, »kann gerade nicht ausgeschlossen werden, dass es während der Stimmauszählung zu Fehlern gekommen ist«. Dieter Vogt, Metaller bei Randstad in Köln:



Foto: Pöker

**Randstad: »Neuwahlen«**

»Sobald das Urteil rechtskräftig ist, werden wir Neuwahlen organisieren.« ◀

## Außenansicht

## Studiengebühren

## Selektives System

Am 26. Januar hat das Bundesverfassungsgericht die Errungenschaft eines gebührenfreien Erststudiums gekippt. Mehrere unionsgeführte Bundesländer haben schon für nächstes Jahr Erststudiumsgebühren angekündigt: Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg sind dabei Vorreiter. Zugang zur Hochschule haben dann nur noch diejenigen, die genügend Geld haben.

Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen. Zum

Auftakt wollen wir am 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften demonstrieren. Im Anschluss sind Protest- und Aktionswochen an den Hochschulen geplant. Der gemeinsame Protest ist uns wichtig, denn nur so kann es uns gelingen, ein sozial gerechtes und demokratisch organisiertes Bildungssystem und eine ebensolche Gesellschaft zu erstreiten. Es geht nicht nur um »ein paar Hundert Euro«, wie oft polemisch behauptet wird. Die Studiengebühren werden ein höchst selektives Bildungssystem noch selektiver machen, ein weiterer Schritt hin zu einem marktformig geprägten Bildungssystem. Anstelle gemeinsamen Lehrens und Lernens dominiert darin die individuelle Konkurrenz.

Schon heute sind Bildungschancen ungleich verteilt: Nur rund zehn Prozent der Studierenden kommen aus finanziell schwachen Familien. Daher wäre eine Reform des gesamten Bildungssystems nötig, die sich an dem Ziel der sozialen Durchlässigkeit orientiert. ◀



Foto: privat

**Nele Hirsch, Vorstandsmitglied im Studierendenverband fzs**